



Stellungnahme

der

**Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB) e.V. vom
1. April 2026**

zu

Lars Klingbeils Grundsatzrede, gehalten am 25. März 2026

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V.
Bernhard-Letterhaus-Str. 26
D – 50670 Köln
Telefon: 0221-77220
Telefax: 0221-7722116
E-Mail: Info@kab.de

Klingbeils Agenda ohne Antwort auf die Verteilungsfrage

Mit seiner Rede bei der Bertelsmann-Stiftung hat SPD-Chef Klingbeil ein weitreichendes Reformpaket angekündigt. Deutschland stehe vor großen Herausforderungen, das Land müsse „stärker“ werden.

Tatsächlich steht Deutschland vor tiefgreifenden Umbrüchen durch Digitalisierung und die steigende Nutzung so genannter Künstlicher Intelligenz. Eine zentrale aktuelle Herausforderung stellt die ökologische Krise dar. Die Produktion, die Verkehrssysteme, der Gebäudebau, die Freizeitgestaltung und vieles mehr müssen grundlegend neu sozial und ökologisch ausgerichtet werden. So stellen sich grundlegende Fragen nach sozialer Absicherung, guter Arbeit und gerechter Verteilung.

Der von Klingbeil skizzierte Kurs ist jedoch vor allem ein „Weiter in die falsche Richtung“: Die Verteilungsfrage bleibt ausgeblendet. Stattdessen wird vor allem mehr Anpassung von Beschäftigten eingefordert. In seiner „Blut-, Schweiß- und Tränen“-Rede macht der Finanzminister deutlich, dass er Krisen nicht durch höhere öffentliche Ausgaben, sondern durch strukturelle Reformen beantworten will. Im Kern bedeutet das: Wir sollen als Gesellschaft insgesamt mehr arbeiten – nicht primär durch längere Arbeitszeiten, sondern durch eine höhere Erwerbsbeteiligung und mehr Vollzeitbeschäftigung.

Um diesen Kurs durchzusetzen, setzt Klingbeil auf stärkere Arbeitsanreize und sozialen Druck. Er äußert, dass die Abschaffung des Bürgergeldes für ihn nur ein Zwischenschritt ist und weitere Einschnitte in der Sozialpolitik notwendig seien.

Über eine zeitgemäße Reform des Ehegattensplittings muss diskutiert werden. Insofern freuen wir uns über den Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Denn ein Steuervorteil für Paare, der mit deren Einkommensunterschied wächst, wirkt nicht nur aus der Zeit gefallen – er ist sozial ungerecht. Doch eine ersatzlose Abschaffung ist weder realistisch noch verfassungsrechtlich trivial. Entscheidend ist, was an ihre Stelle tritt – und wer am Ende entlastet oder zusätzlich belastet wird. Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) fordert bereits seit 2007 eine familiengerechte Besteuerung in Form eines Familientarifsplittings.

Sehr problematisch ist der Vorstoß zur Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartner:innen. Der DGB warnt zu Recht davor, dass dies vor allem Menschen (in der Realität vor allem Frauen) treffen würde, die wegen Kindererziehung oder Pflege in Teilzeit arbeiten oder ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen. Hier droht ein sozialpolitischer Rückschritt, der einseitig zulasten der Beschäftigten geht.

Auch in der Rentenpolitik setzt Klingbeil auf längere Erwerbsphasen. Künftig soll stärker zählen, wann jemand ins Berufsleben eintritt – wer später startet, soll auch länger arbeiten. Ergänzt wird dies durch den Ausbau kapitalgedeckter Betriebsrenten. Das bedeutet im Ergebnis: mehr individuelle Verantwortung und ein höheres Risiko für die Beschäftigten. Wenn dabei indirekt ein Gegensatz zwischen „früh arbeitenden“ und „spät einsteigenden“ Beschäftigten konstruiert wird, ist das nicht nur verkürzt, sondern gefährlich. Es blendet die Realität vieler junger Menschen aus, die sich durch Ausbildung und Studium oft unter prekären Bedingungen qualifizieren müssen. Der Kurs läuft darauf hinaus, das Renteneintrittsalter faktisch weiter anzuheben und die Absicherung im Alter zu schwächen.

Steuerpolitisch kündigt der Finanzminister zwar moderate Entlastungen für breite Teile der Beschäftigten an. Gleichzeitig sollen höhere Einkommen und Vermögen stärker herangezogen werden. Doch solange diese Ankündigungen vage bleiben, entsteht der Eindruck eines bekannten Musters: konkrete Belastungen und Anpassungen für viele – unklare Versprechen bei der stärkeren Beteiligung großer Vermögen. Auch arbeitsmarktpolitisch geht der Kurs in eine klare Richtung: Mehr Flexibilität für Unternehmen, etwa durch erweiterte Befristungsmöglichkeiten. Das soll Einstellungen erleichtern. Für die Beschäftigten bedeutet das vor allem mehr Unsicherheit.

Die angestrebte höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen soll durch bessere Infrastruktur für Familien und Kinder flankiert werden. Doch diese Aufgabe wird absehbar bei den Kommunen landen – also dort, wo schon heute vielerorts das Geld fehlt, um grundlegende öffentliche Aufgaben zu erfüllen.

In einem Land, das insgesamt immer reicher wird, dessen Reichtum aber immer ungleicher verteilt ist, greift die Fokussierung auf „mehr Arbeit“ zu kurz. Wenn 40% der Menschen keine nennenswerten Rücklagen haben, während 1% über einen erheblichen Teil des Vermögens verfügt, dann reicht es nicht, die Beteiligung großer Vermögen nur am Rande zu erwähnen. Wer den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern will, muss die Verteilungsfrage ins Zentrum stellen. Hohe Vermögen, große Kapitaleinkommen und schwer greifbare Konzerngewinne müssen endlich deutlich stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Das ist nicht nur eine Frage sozialer Gerechtigkeit, sondern eine Voraussetzung für eine stabile Demokratie. Wie Klingbeil selbst sagt: „Gerechte Gesellschaften behaupten sich stärker gegen die Feinde der Demokratie und sie sind wirtschaftlich erfolgreicher.“

Trotzdem erinnern seine vorgelegten Ansätze in zentralen Punkten an eine Neuauflage der Agenda-Politik: mehr Druck zur Erwerbsarbeit, mehr individuelle Verantwortung, mehr Risiken für Beschäftigte. Die Gefahr ist real, dass am Ende erneut diejenigen die Hauptlast tragen, die ohnehin schon unter hohem Anpassungsdruck stehen.

Wenn die SPD ihre eigene Krise überwinden und wieder als Partei der „normalen Leute“ wahrgenommen werden will, muss sie einen anderen Weg einschlagen. Entscheidend sind spürbare Verbesserungen im Alltag: bezahlbare Mieten, verlässliche Renten, bessere Löhne, niedrigere Energiekosten sowie eine funktionierende Bildungs- und Gesundheitsversorgung. Ein Alltag, der Sicherheit gibt und entlastet, entsteht nicht durch Appelle zu mehr Erwerbsarbeit. Er entsteht durch eine Politik, die Gerechtigkeit konkret organisiert. Reden darüber reicht nicht.